

Lösungen statt Fatalismus beim Klima

Die Risiken des Klimawandels sind keine Glaubensfrage, schreibt der Klimaphysiker **Reto Knutti**

Der Klimawandel ist real, menschgemacht, und die langfristigen Risiken sind hoch. Auf dieser wissenschaftlichen Basis – tausendfach abgesichert durch Daten, Studien und Klimaberichte über 25 Jahre – hat die Welt 2015 mit dem Pariser Klimaabkommen den Grundstein zum Klimaschutz gelegt.

Aber kaum geht es darum, etwas zu tun, tritt der «Whataboutism» prominent aufs Parkett. Vom englischen «What about?» abgeleitet, ist dies der Versuch, von den wirklichen Fragen abzulenken – nämlich wie wir den Risiken begegnen und CO₂-Emissionen reduzieren können –, indem man auf andere, noch offene Fragen oder Probleme hinweist.

So heisst es dann von neoliberalen Ökonomen, Autoren, Politikerinnen oder selbst ernannten «Experten» in Kolumnen oder Meinungsbeiträgen, der Klimawandel sei doch kein grosses Problem, vielerorts sogar gut oder die Anpassung sowieso schon im Gang. Oder Klimaschutz sei eine Ideologie, die Forschung gekauft, und Kritiker würden diskreditiert. Oder wir könnten das Klima sowieso nicht steuern, Massnahmen seien aussichtslos oder zu teuer. Belege dafür fehlen weitgehend, aber ob die Aussagen stimmen, ist im Zeitalter von Fake-News egal, man geht dann einfach zum nächsten «what about» über.

Der Vorwurf, die Wissenschaftler seien elitär und behaupteten, alles besser zu wissen, ist unberechtigt. Diskurs ist zentral für die Meinungsbildung. Für uns alle gilt, dass unsere Meinungen und Weltanschauungen oft mehr durch unsere Familie, Freunde, unsere Partei und deren Weltbild geprägt sind als durch rationales Denken. Der Mensch ist ein Herdentier, wir entscheiden aufgrund von Erfahrung und Emotion und weniger aufgrund rationaler Argumente.

Und trotzdem, bei der Erdanziehung gibt es auch nicht zwei Meinungen: Ob ich falle oder schwebe, wenn ich über die Klippe hinauspringe, ist keine Ansichtssache. Die Temperaturanzeige eines Thermometers und die

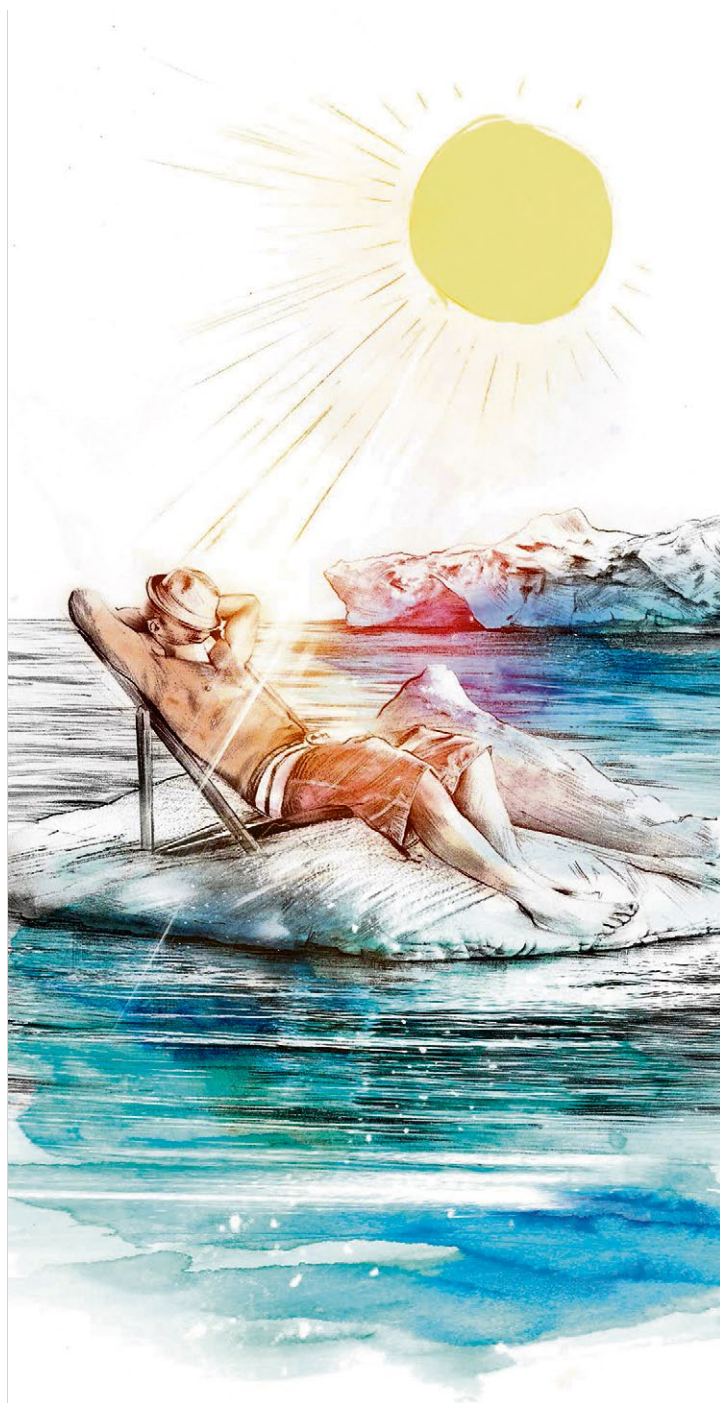


Illustration: Kornel Stadler



Reto Knutti,
Professor für Klimaphysik
an der ETH Zürich

Physik und die Auswirkungen des Klimawandels auch nicht. Diese gehen weit über die Erwärmung hinaus – Hitzewellen und extreme Niederschläge kosten Opfer und viel Geld – und über die Landesgrenzen hinaus.

«Der Vorwurf, die Wissenschaftler seien elitär und behaupteten, alles besser zu wissen, ist unberechtigt»

Die Forschung hat hingegen keine Deutungshoheit in der Frage, was zu tun sei, sie schreibt der Politik nichts vor. Sie soll der Gesellschaft dienen, mögliche Lösungen entwickeln und aufzeigen. Aber sie muss die Fakten darstellen und darauf hinweisen, wenn diese verzerrt oder instrumentalisiert werden oder wenn die Gesellschaft sich ihre Lebensgrundlage zerstört und es nicht wahrhaben will.

Die Risiken eines ungebremsten Klimawandels sind hoch, egal wo man politisch steht, und eine rasche Reduktion der CO₂-Emissionen die einzige Möglichkeit zur Vermeidung. Wir müssen die Welt sehen, wie sie ist, nicht wie wir sie gerne hätten. «What about» lenkt auch beim Klimawandel von den wichtigen Fragen ab. Danach, was die genauen lokalen Auswirkungen des Klimawandels sind und wie wir uns am effektivsten daran anpassen oder welche Technologien den CO₂-Ausstoss effizient vermeiden. Und danach, welche politischen Instrumente geeignet sind, um die Klimaziele zu erreichen. Die Antworten werden nicht einfach sein. Wenn es uns aber gelingt, einen faktenbasierten und konstruktiven Dialog zu führen, dann haben wir die Chance, gemeinsam eine bessere Zukunft zu gestalten. Das Ablenken von den Herausforderungen ist schlicht verantwortungslos.

Medienmacher

Jubeljournalismus

Endlich ein richtiger Nationalfeiertag. So viel Begeisterung wie am vergangenen Dienstag gibt es sonst nicht einmal am 1. August. Das Land ist immer noch im Rausch nach dem 1. Schweizer Digitaltag. Die Party organisiert hat Digitaliswitzerland, ein Verein mit rund 80 Mitgliedern, darunter Betriebe wie Coop, Migros, Credit Suisse, Post, SBB, Swisscom. Mittendrin: das Medienhaus Ringier und sein Chef Marc Walder, der den Tag initiiert hat.

Dass Bundespräsidentin Doris Leuthard das Patronat der Veranstaltung übernommen hat, in einem Digitalwagen der SBB mit anderen Prominenten von Bern nach Zürich gondelte und am «Blick»-Stand mit einer schwarzen Virtual-Reality-Brille dem Volk eine goldene digitale Zukunft versprach: geschenkt. Wir sollten uns mit Fragen zur Digitalisierung ernsthaft ausein-

andersetzen – das ist auch der Job unserer Regierung. Kolossal hingegen war die von Ringier orchestrierte landesweite Kampagne für den Digitaltag. Sie führt vor Augen, dass das Geschäftsmodell Journalismus für den «Blick»-Verlag zu wackelig geworden ist. Er sucht nach neuen Formen der Vermarktung.

Für das Publikum gibts deshalb als Nachrichten verkleidete Werbung auf allen Kanälen. Das begann vor dem Digitaltag – mit viel Papier. Eine über hundertseitige Broschüre mit einer Auflage von 600'000 Exemplaren, welche dem «SonntagsBlick», der «Handelszeitung» und der «Schweizer Illustrierten» beigelegt wurde. Da-

rin fanden sich neben publizistischen Artikeln Texte über Roboter bei der Post, digitale Assistenten für die Haustechnik der ABB und smarte Autos von BMW – die drei Unterneh-

men fungieren als «Partner» des Digitaltags. Am Tag nach der von Ringier angestossenen Veranstaltung sprach der «Blick» von einem «Volksfest», das «Jung und Alt» begeistert habe. Von einem «Knaller» war die Rede, weil Staatsbetriebe und Banken eine gemeinsame ID entwickeln werden – obschon bereits im Oktober darüber berichtet wurde.

Was wohl die «Blick»-Leserschaft von dieser Digitaleuphorie hält? Viele Menschen machen sich Sorgen über Jobverlust, digitale Vereinsamung oder die Sicherheit ihrer Daten. Solche Themen haben im neuen Geschäftsmodell keinen oder nur noch wenig Platz. Ringier macht jetzt Jubeljournalismus.

Simon Bärtschi,
Mitglied der Chefredaktion

medienmacher@sonntagszeitung.ch

Hochuli

Reich sein genügt nicht



Schreibt man über Geld, das man nicht hat, läuft man Gefahr, als Neiderin zu gelten. Das ist auszuhalten. Diese Woche war ich in Monaco. Ein winziger Staat, immerhin etwas grösser als die Aussentaler in Hamburg. Die monegassischen Wohnungen sind nicht viel grösser als ein Goldfischglas: Für wenige Quadratmeter mit Aussicht zahlt man schnell zwischen 2 und 16 Millionen Franken; je nachdem ob der Blick aufs Meer, den Palast oder sogar beides fällt. Ein Preis, der mich nicht stört, weil ich dort nicht wohnen möchte: Knapp 19'000 Menschen pro Quadratkilometer, das ist mir zu eng.

Casino, Boutiquen, Wasser, Sonne, Prinz und Prinzessin, wunderschöne Parkanlagen – es fehlt an nichts in Monaco. Nur an den Armen. An sich ist das ein gutes Zeichen: Das Fürstentum sorgt für die Seinen, was nicht allzu schwierig ist: Monegassen und Monegassinnen machen knapp ein Viertel der Bevölkerung aus.

Wer hingegen nach Monaco migrieren will, hat es zu etwas gebracht. Wer sich dauerhaft in Monaco niederlassen will, muss eine stattliche Summe bei einer monegassischen Bank deponieren und eine der nicht ganz billigen Wohnungen erwerben. Die anderen bleiben aussen vor. Arme existieren nicht. Genau das ist das Problem. Was nicht ist, kann auch nichts zum Bewusstsein eines Einzelnen oder einer Gesellschaft beitragen.

Wir hingegen sind nicht Monaco; bei uns sind Menschen von Armut betroffen. Ein Viertel der Personen, die in einem Haushalt mit Kindern leben, verfügte 2010 nicht über genügend Reserven, um eine unvorhergesehene Ausgabe von 2000 Franken machen zu können.

Daneben haben wir die Familie Blocher, die sich nun zu den zehn reichsten Familien der Schweiz zählen darf. Das sei ihr zu gönnen; ihr Reichtum wurde bestimmt mit redlicher Arbeit verdient. Und wir haben Magdalena Martullo-Blocher, die, falls «die EU uns unerwartet stark unter Druck setzen würde», sich vorstellen könnte, im Notfall Bundesrätin zu werden.

Obwohl wir Armut in der Schweiz haben, glaube ich nicht, dass Frau Martullo-Blocher sich den finanziellen Druck in einer Familie vorzustellen vermag, die aus finanziellen Gründen zum Beispiel auf eine notwendige medizinische Behandlung verzichtet. Da Armut bei uns vorhanden ist, könnte sie wissen, wie es sich anfühlen muss, bedürftig zu sein. Dazu muss man aber in die Niederungen absteigen.

Tun Sie das bitte, Frau Martullo-Blocher, mit dem nötigen Einfühlungsvermögen, bevor Sie daran denken, für uns alle notfallmässig zur Bundesrätin aufzusteigen.

Susanne Hochuli ist ehemalige Regierungsrätin der Grünen im Kanton Aargau